

Citation style

Battenberg, J. Friedrich: review of: Hinnerk Wißmann (ed.), Europäische Verfassungen 1789–1990. Textsammlung, Tübingen: Mohr Siebeck, 2015, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, 74 (2016), p. 418-419, DOI: 10.15463/rec.reg.271432802

First published: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, 74 (2016)



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

BUCHBESPRECHUNGEN UND HINWEISE

der Leser ein zeitlos gültiges System zu erkennen glaubt, mahnt er zur Vorsicht („caveat“). Dennoch werden allgemein beachtete Prinzipien und Grundregeln erkennbar, die sich im Laufe der Zeit veränderten und schließlich seit der „Reichscivilprozeßordnung“ von 1877 und der österreichischen „Civilprozessordnung“ von 1895 feste Formen annahmen.

So erörtert der Autor sehr systematisch zunächst das römische Formularverfahren, das nur aus unterschiedlichen, verstreuten Bestimmungen aus dem Corpus Iuris Civilis des Justinian rekonstruiert werden kann, um dann ausführlicher im zweiten Kapitel auf den romanisch-kanonischen Prozess einzugehen. Da dieser im Prinzip in Mittelalter und Früher Neuzeit gleichermaßen galt, übergeht er die Veränderungen im Rahmen des höchstrichterlichen Prozessrechts des römisch-deutschen Reiches, und wendet sich dann erst wieder der preußischen Prozessordnung von 1781 zu. Es folgen ein Kapitel über das französische Verfahren des „Code de procédure civile“, das bekanntlich auch im Departement Donnersberg und in Rheinhessen galt, um dann nach Kapiteln über das Genfer „Loi sur la procédure civile“ von 1819 und über die Prozessrechtswissenschaft des 19. Jahrhunderts die schon erwähnten beiden großen Kodifikationen von 1877 und 1895 zu thematisieren.

Einige knappe Schlussbemerkungen wollen den Gesamteindruck festhalten und nochmals auf wichtige Prinzipien aufmerksam machen, beispielsweise auf die Frage der Gewährung beiderseitigen rechtlichen Gehörs durch das Gericht, die Ablehnung der Richter aus Gründen der Befangenheit und der Ausgleich von „Ausstattungsdefiziten“ durch Regelungen des Armenrechts. Das einzige, was man in diesem Band vermisst, sind ein allgemeines Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Sachindex. Letzterer wird in gewisser Weise durch eine sehr kleinteilige Gliederung der Kapitel und Unterkapitel (Paragraphen) ausgeglichen, aus denen sich die jeweils behandelten Materien schnell ermitteln lassen.

J. Friedrich Battenberg

Hinnerk Wißmann (Hg.), Europäische Verfassungen 1789-1990. Textsammlung. Mohr Siebeck Verlag Tübingen 2015, 561 S., brosch. € 16,-.

Diese chronologisch aufgebaute Textsammlung enthält 25 Verfassungstexte, die in Europa gelten bzw. galten oder auch für die Entwicklung der Verfassung in Europa von Bedeutung erscheinen. Im Mittelpunkt stehen die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Alle Texte haben die „staatsrechtliche Moderne“ in Europa geprägt und können zugleich die wichtigsten Schritte zu der Weiterentwicklung des Verfassungsstaates in Europa repräsentieren. Der Herausgeber hat in einer knappen, aber instruktiven Einleitung den inneren Rahmen abgesteckt, auf die Verfassungsbewegungen und die Begründung des Nationalstaates, die unterschiedlichen Typen der Verfassung und schließlich auf die europäische Integration hingewiesen. So wird der Leser in die Lage versetzt, die einzelnen Texte entsprechend zu verorten.

Die Textsammlung beginnt mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der französischen Nationalversammlung vom 26. August 1789. Sie bietet u.a. einen Abdruck der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 und der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820, der verschiedenen Versionen der deutschen Verfassungen und des Grundgesetzes, der Verfassungen verschiedener europäischer Staaten wie Polen, Belgien, Schweiz und Österreich sowie der Völkerbundsatzung vom 28. Juni 1919 und der Charta der Vereinten

RECHTS- UND VERWALTUNGSGESCHICHTE

Nationen vom 26. Juni 1945. Es fehlen aber auch nicht die Verfassung der ehemaligen DDR vom 7. Oktober 1949 und das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933. Anhangsweise werden Auszüge aus der Habeas-Corpus-Akte von 1679 und der Bill of Rights von 1689 geboten und schließlich auch ein Abdruck der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 17. September 1787, alle in deutscher Übersetzung.

Dem Band beigegeben sind im Anhang Nachweise der Vorlagen sowie ein Sachregister, das einen guten Zugang zu den Inhalten der Verfassungstexte ermöglicht. So ist ein nützliches Nachschlagewerk entstanden, das auch dem Landeshistoriker gute Dienste beim schnellen Auffinden von Texten zu den Rahmenbedingungen politischen Handelns ab dem späten 18. Jahrhundert bietet.

J. Friedrich Battenberg

Ernst S. Carsten (†)/Erardo Cristoforo Rautenberg, Die Geschichte der Staatsanwaltschaft in Deutschland bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zur Beseitigung ihrer Weisungsabhängigkeit von der Regierung im Strafverfahren. Dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage. Nomos Verlag Baden-Baden 2015, 629 S., 1 Abb., geb. € 99,-.

Da bereits an früherer Stelle dieser Zeitschrift die zweite Auflage der vorliegenden, erstmals 1932 von Carsten vorgelegten Monographie ausführlich vorgestellt worden ist (AHG NF 71/2013, S. 426f.), bedarf es keiner erneuten ausführlichen Besprechung mehr, da weitgehend auf diese Darstellung verwiesen werden kann. Die Neuauflage wurde notwendig, da die zweite Auflage binnen kurzem vergriffen war. Verschiedene neuere Entwicklungen in der Rechtsprechung sowie in den politischen Landschaften konnten damit eingearbeitet werden. Dies betrifft vor allem zwei Entscheidungen des Senats des Bundesverfassungsgerichts, vom 19. März 2013 über die Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Regelung zur Verständigung im Strafprozess sowie Gesetzgebungsinitiativen der Bundestagsfraktion der „Linken“ zur Herstellung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz. Auch die von dem Rechtshistoriker Werner Schubert 2013 herausgegebenen Quellen zu den Reformprojekten unter dem Titel „Staatsanwaltschaftsrecht, 1934-1982“ boten wichtige Informationen, die in der Neuauflage ebenfalls verwertet werden konnten. Einige weitere Gesetzesinitiativen sind im Vorwort aufgelistet. Schließlich hat der Autor die Gelegenheit genutzt, einige biographische Daten zu dem Erstautor, dem 1984 im kalifornischen Exil verstorbenen jüdischen Juristen Ernst S. Carsten, nachzutragen, eines Juristen, auf den er bereits im Vorwort der zweiten Auflage ausführlich eingegangen ist. Die Einarbeitung all dieser Ergänzungen, die die einen Mehrumfang des Bandes von über 60 Seiten verursachen, haben freilich an der Grundstruktur des Bandes und den historischen Informationen nichts Wesentliches verändert. Man erfährt viel über die geschichtliche Entwicklung eines wichtigen Justizorgans – Informationen, die auch für den landeskundlich arbeitenden Historiker von erheblichem Wert sind.

J. Friedrich Battenberg

Ulrich Kronauer/Andreas Deutsch (Hgg.), Der „Ungläubige“ in der Rechts- und Kulturgeschichte des 18. Jahrhunderts (= Schriftenreihe des Deutschen Rechtswörterbuchs Bd. 20). Universitätsverlag Winter Heidelberg 2015, 490 S., Abb., brosch. € 52,-.

Dieser im Auftrag der Heidelberger Akademie der Wissenschaften herausgegebene Sammelband will einen neuen Blick auf traditionelle und modernisierende Kräfte im 18.